

Zukunft der Schweiz – Zukunft der Region

Sollen die beiden Basel eigenständig bleiben oder sich wieder zu einem Kanton vereinigen? Eine Debatte

Von Daniel Ballmer

Liestal. Der 1. August ist mehr als Feuerwerk, Fahnen und Flaschenbier. Der Nationalfeiertag ist einmal im Jahr auch Gelegenheit, einen Schritt zurückzutreten und über die Schweiz, über die Heimat, die Region mit all ihren Stärken und Schwächen, über ihre Zukunft zu sinnieren.

Das gilt derzeit ganz besonders in den beiden Basel, in denen seit Wochen und Monaten heftig über die Zukunft und über den Weg dorthin diskutiert wird.

Seit 179 Jahren getrennt

Vergangene Woche erst hat der Baslerbieter Wirtschaftskammerdirektor Hans Rudolf Gysin eine Volksinitiative präsentiert, welche die Eigenständigkeit des Landkantons festigen will. Konkret: Die beiden Basel sollen zu Vollkantonen erhoben werden und jeweils zwei Ständeratssitze erhalten. Ein Anliegen, das eigentlich schon heute in der Baslerbieter Kantonsverfassung verankert ist. Ausserdem soll in diese aufgenommen werden, dass die Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen auszuweiten ist. Das wird allerdings in den Nachbarkantonen als eher überflüssige Forderung erachtet. Zwar ist niemand gegen eine gute Zusammenarbeit, diese lasse sich aber nicht verfassungsmässig vorschreiben.



Zwei Kantone. Am Fescht vo Basel 2001 wurde die Trennung nachgestellt – heute wird sie vermehrt infrage gestellt. Foto D. Pilüss

Deutlich stärker bewegt werden die Gemüter in der Region denn derzeit auch von den beiden Wiedervereinigungs-Initiativen, die von überparteilichen Komitees nach langer Vorbereitungszeit am Freitag in Stadt und Land offiziell lanciert werden. Nach 179 Jahren der Trennung sollen Basel-Stadt und Baselland wieder zusammengeführt werden.

Die Befürworter sind davon überzeugt, dass auf diese Weise nicht nur zahlreiche Synergien genutzt werden können, sondern auch die Rolle eines vereinten Kantons Basel in der Schweiz

gestärkt würde. Während eine Kantonsfusion in der Stadt mehrheitlich befürwortet zu werden scheint, ist sie im Kanton Baselland heftig umstritten. Nicht nur wollen die Gegner die einst hart erkämpfte Selbstständigkeit des Landkantons nicht aufgeben, auch befürchten sie, dass er langfristig von einer Wiedervereinigung nicht profitieren würde.

Verbales Klingenkreuzen

Zum Anlass des Nationalfeiertags kreuzen an dieser Stelle Vertreter von Befürwortern und Gegnern der Wiedervereinigungs-Initiativen in der BaZ verbal die Klinge. Für eine Kantonsfusion hat die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider aus Biel-Benken in die Tasten. Sie setzt sich schon seit Jahren für ein Zusammengehen der beiden Basel ein und hatte im Landrat auch den Vorstoss für eine Simulation einer Wiedervereinigung eingereicht.

Weder mit einer Simulation und schon gar nicht mit der Idee einer Kantonsfusion etwas anfangen kann Oskar Kämpfer. Der Baslerbieter SVP-Präsident und Landrat aus Therwil setzt sich für ein selbstständiges Baselland ein. Für ihn ist es ein Irrtum, zu glauben, dass eine Fusion Probleme der derzeit finanziell gebeutelten Landschaft löst. Im Gegenteil: Aus seiner Sicht würden sie nur grösser.

Pro Strukturen der Realität anpassen

Von Elisabeth Schneider-Schneiter



Die Nordwestschweiz bildet heute einen einheitlichen Lebensraum in Bezug auf Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Sport. Es ist deshalb höchste Zeit, die politischen Strukturen dieser Realität anzupassen. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen für eine erfolgreiche Zukunft unserer Region im globalisierten Umfeld angehen.

Das Einzugsgebiet für das wirtschaftliche Zentrum der Region Basel verteilt sich heute seitens der Nordwestschweiz auf vier Kantone. Schaut man über die Landesgrenzen, dann kommen das Elsass und Südbaden dazu. Das ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen eine äusserst herausfordernde Konstellation. Denn drei unterschiedliche Länder und vier Kantone mit verschiedenen Verfassungen, Gesetzen und Verordnungen, Richtlinien und Weisungen in einer so kleinräumigen Region bewirken kaum vermeidbare Effizienzverluste, viel Bürokratie und teure Doppelspurigkeiten. Die kantonale Rechtszersplitterung bringt ausserdem Rechtsunsicherheiten, ist ineffizient und innovations- und wachstumshemmend.

Damit wir gegenüber anderen Wirtschaftsräumen bestehen können, müssen wir uns zwischen der Jurakette und dem Rhein zusammenraufen, politische Grenzen abbauen und am gleichen Strang ziehen. Eine Fusion der beiden Basel ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sowohl der Kanton Baselland als auch der Kanton Basel-Stadt sind schon lange nicht mehr in der Lage, die grossen Aufgaben, die uns beispielsweise im öffentlichen Verkehr, im Bildungswesen oder auch im Gesundheitswesen herausfordern, allein zu lösen.

Natürlich gibt es in vielen Bereichen bewährte Arten der Zusammenarbeit auf vertraglicher Basis und in Form von Konkordaten. Doch das System der Konkordate ist mit heute mittlerweile über hundert Verträgen ausgereizt. Und der Reibungsverlust durch die verschiedenartigen demokratischen Abläufe ist riesig. Zudem bedeutet jeder Zusammenarbeitsvertrag einen weitestgehenden, in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit erstaunlicherweise oft verkannten Demokratieverlust, weil eine direkte Mitsprache des einzelnen

Stimmbürgers bei Konkordaten oft nicht mehr möglich ist.

Seit der Trennung der Landschaft von der Stadt im Jahre 1833 hatte das Baselland 179 Jahre Zeit, die eigenen Vorstellungen und Ziele mindestens politisch frei und unabhängig zu entwickeln. Dies waren 179 wichtige Jahre, die das Baselland gut für seine Emanzipation genutzt hat, um Vertrauen in die eigenen Stärken zu bekommen, die eigenen Bedürfnisse zu (er-)kennen und die eigene Identität zu schärfen. Das Baselland hat eigene Wurzeln geschlagen, welche zu kräftigen Bäumen gewachsen sind. Damit konnte sich die Landschaft gegenüber der Stadt als eigenständiger und starker (und meist) auch verlässlicher Partner behaupten. Denn gemeinsame Ziele können nur erreicht werden, wenn beide Partner stark sind und sich einbringen können. Und das wiederum kann man nur, wenn man weiss, auf welchem Grund man steht – wenn man Vertrauen hat in seine eigenen Stärken und seine Bedürfnisse kennt, ja sich seiner Identität bewusst ist. Dies spüren auch die Basler und andere Partner. Wenn es um die Fusion unseres Kantons mit Basel-Stadt als der letztlich stärksten und bindendsten Form der Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Nachbarn geht, können wir Baslerbieter diese in den letzten 179 Jahren gewonnene Identität in die Waagschale werfen. Aber wir werfen sie damit nicht weg, wie wir mit dieser Fusion weder unsere Geschichte noch unsere Identität wegwerfen. Selbst wenn unser Kanton zurzeit finanziell etwas schwächelt, können wir Basel-Stadt als absolut gleichwertiger, selbstständiger Partner auf Augenhöhe begegnen. Dass das für alle Beteiligten durchaus gewinnbringend ist, haben zwei grosse Zusammenschlüsse in Schlüsselbereichen (gemeinsame Trägerschaft der Uni Basel und die Fusion der beiden Rheinhäfen) eindrücklich gezeigt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser richtige Weg ist, den wir konsequent weiterbeschreiten müssen, damit unsere Region weiterhin eine der prosperierendsten unseres Landes bleiben kann. Und schliesslich kann innerhalb der föderalistischen Schweiz und innerhalb eines Europas der Regionen nur eine Rolle spielen, wer kleinräumige, zersplitterte und letztlich nur wenig professionelle und effiziente politische Strukturen strafft oder gar überwindet. Mit einer Fusion der beiden Basel können wir diesbezüglich sogar eine Vorreiterrolle übernehmen.

Stimmung auf dem Land kippte

Blick auf Fusionsabstimmungen von 1936, 1938, 1958 und 1969

Von Georg Schmidt

Liestal. Die Wiedervereinigung der beiden Basel, der die Stimmberechtigten 1936 und 1938 (Einleitung der entsprechenden Verfassungsänderung) in Stadt und Land zugestimmt hatten – sie scheiterte nach dem Zweiten Weltkrieg an der Gewährleistung durch den Bund. Das aber wollte man sich nördlich des Juras nicht bieten lassen – eine neuerliche Wiedervereinigungs-Initiative zeitigte 1958 im Baselland eine Mehrheit von 16 752 Ja- gegen 11 877 Nein-Stimmen. Auch Basel sagte wiederum Ja. Besiegelt war die Sache damit aber nicht – trotz nunmehr erfolgter Gewährleistung durch den Bund. Im Lauf der langwierigen Arbeit des danach gebildeten Verfassungsrats ist die Pro-Fusions-Stimmung im Baselland gekippt.

Heftige Klatsche

Während Basel-Stadt den vier Vorlagen, welche die staatsrechtlichen Grundlagen des wiedervereinigten Kantons Basel schaffen sollten, im Dezember 1969 klar zustimmte, gab es auf der Landschaft eine überaus heftige Klatsche. Die Baslerbieter lehnten alle Vorlagen mit jeweils rund 48 000 Nein zu 33 000 Ja ab.

Das zum Teil deutliche Ja der Gemeinden im Bezirk Arlesheim reichte nicht aus, um die drei stadtfernen Bezirke Liestal, Sissach und Waldenburg zu überstimmen, die nichts von einem Zusammengehen mit Basel wissen wollten. Man könnte sagen: Anstelle einer Wiedervereinigung mit Basel gab es einen gespaltenen Kanton Baselland.

Ja in stadtnahen Gemeinden

Ein paar Zahlen dazu: Allschwil sagte mit 4342 zu 1592 Stimmen Ja zum Kanton Basel, in Reinach resultierten 2780 Ja- und 1658 Nein-Stimmen. Liestal (472 Ja zu 5042 Nein), Sissach (296 Ja zu 2131 Nein) oder auch Waldenburg (107 Ja zu 621 Nein) spiegelten aber die Stimmung im Landkanton besser. Anzuführen ist allerdings, dass sich die Fusionsbegeisterung auch im Bezirk Arlesheim gegenüber früheren Abstimmungen abgekühlt hatte.

Eine spezielle Erwähnung verdienen die Resultate von 1969 in den Gemeinden Hersberg, Hemmiken und Kilchberg. Hier sagte überhaupt niemand Ja zum Kanton Basel, wobei das Hersberger Nein bei einer rekordverdächtigen Wahlbeteiligung von 100 Prozent zustande kam.

Contra Gute Gründe gegen eine Fusion

Von Oskar Kämpfer



Aus Sicht der SVP spricht alles gegen eine Fusion der beiden Kantone. Eine Fusion macht weder staatspolitisch Sinn, noch bringt sie auf der Verwaltungsebene Einsparungen, noch entspricht sie den kulturellen Entwicklungen und den Eigenheiten der Bevölkerung des Kantons Baselland. Grundlage und Teil des Erfolgsmodells «Schweiz» bildet der basisdemokratische und föderalistische Aufbau. Damit wird den unterschiedlichen Mentalitäten, Kulturen und Sprachen ideal Rechnung getragen. Das wiederum ermöglicht ein weitgehend konfliktfreies Miteinander. Dass dieses Modell zum Teil noch verfeinert werden kann, hat die Gründung des Kantons Jura gezeigt.

Die Fusionsturbos gehen davon aus, dass ein grösseres Gebilde effizienter und besser ist. Dieser Irrglaube hat in der ehemaligen UdSSR und im ehemaligen Jugoslawien nach jahrzehntelanger Diktatur zu sehr schmerzhaften Trennungswirren geführt. Die Menschheit ist immer noch auf der Suche nach der optimalen Gesellschaftsform. Um das basisdemokratische Schweizer Modell beneiden uns die meisten Menschen. Nicht zuletzt deshalb sind viele humanitäre und internationale Organisationen bei uns niedergelassen. Daraus entsteht für die Schweiz aber auch eine moralische Pflicht, dieses einmalige und erfolgreiche Modell weiterzuentwickeln.

Die beiden Kantone könnten unterschiedlicher nicht sein. Basel-Stadt hat rund 180 000 Einwohner und 22 000 Staatsangestellte. Das Land hat etwa 270 000 Einwohner und funktioniert mit nur 12 000 Staats- und Gemeindeangestellten. Basel-Stadt hat rund 3,5 Milliarden Schulden, Baselland 0,9 Milliarden. Das Budget der Stadt ist 4,7 Milliarden schwer, unser Kanton kommt mit 2,7 Milliarden klar. Und die Steuereinnahmen sind in der Stadt pro Kopf doppelt so hoch wie in der Landschaft. Auch wenn die aktuelle Diskussion um die Finanzlage des Kantons Baselland den Eindruck erweckt, es stünde um diesen schlecht; die Fakten sprechen im Vergleich zu Basel-Stadt dagegen. Eine Fusion führt nicht zu weniger Aufgaben und weniger Staatsangestellten, denn sie nivelliert den Bürokratiestandard auf städtisches Niveau und damit auch die Löhne, was bedeutet, dass die Kosten dramatisch steigen. Die aktuelle

Überprüfung der Verwaltungsorganisation in der Stadt belegt dies: Dank Besitzstandsgarantie werden die ohnehin schon hohen Ausgaben für das Verwaltungspersonal in der Summe ansteigen. Das Budget der Stadt ist im Moment nur tragbar, weil wir historisch tiefe Zinsen für die Schulden haben und Basel-Stadt über gesunde Firmen verfügt, die entsprechend Steuern zahlen. Sollte sich die Zinssituation in wenigen Jahren ändern, wäre es die Landschaft, welche die Schuldzinsen nach einer Fusion bezahlt.

Es ist vor allem auch ein Irrtum, zu glauben, dass eine Fusion Probleme der Landschaft löst. Im Gegenteil: Sie werden nur grösser. Das sollte eigentlich auch die Regierung wissen. Der parlamentarische Auftrag zur Simulation einer Fusion widerspricht dem Verfassungsauftrag in § 1, Absatz 3: «Seine Behörden wirken darauf hin, dass er zu einem Vollkanton mit einer ganzen Ständesstimme und mit zwei Mitgliedern des Ständerates wird.» Das heisst, die Regierung dürfte erst nach einer Volksbefragung (Verfassungsänderung) Handlungen und Gespräche zum Thema Fusion machen.

Auch bei der Kultur zeigen sich Gegensätze: Während die städtische Kultur eine Besuchs- und Konsumkultur ist, wird «Kultur und Brauchtum» auf dem Lande von den Vereinen selber gemacht. Das zeigt sich dann in den Kultur Ausgaben: Die Stadt muss 140 Millionen für die Kulturbedürfnisse aufwenden, auf dem Land sind es noch 15 Millionen. Das Argument, dass die Baslerbieter die Kultur mehrheitlich in der Stadt konsumieren, ist durch Zahlen ausreichend widerlegt. Zudem bezahlt Baselland ausreichend Beiträge an die Zentrumsfunktionen, ohne dass der Zentrumsnutzen verrechnet wird. Die dezentralen Strukturen von Baselland haben die Eigenverantwortung und die Freiwilligenarbeit für die Gesellschaft gestärkt. Deshalb brauchen wir etwa keine Berufsfeuerwehr. Die Fusionsturbos versuchen also, diametral unterschiedliche Mentalitäten und Kulturen zu verschmelzen, und nehmen in Kauf, dass das wirtschaftlich kleinere Baselland dann von der Stadt dominiert würde. Im Wissen um diese Unterschiede und die Stärken der basisdemokratischen Mitwirkung von kleineren Gebilden hat unser Kanton die Gemeindeautonomie in den vergangenen Monaten gestärkt und genau die Grünen und Sozialdemokraten haben diesen Gegenstand zum Zentralismus begrüsst. Umso unverständlicher ist deren Engagement zur Fusion von Ungleichen.